



Baden-Württemberg.de

📅 10.09.2020

SCHULE

Mehr Lehrerstellen im neuen Schuljahr



📷 © picture alliance/Felix Kästle/dpa

Zum neuen Schuljahr 2020/2021 hat das Land rund 5.900 Stellen zu besetzen. Davon entfällt die Mehrzahl auf den Ersatzbedarf, der überwiegend durch Pensionierungen, aber auch durch Beurlaubung, Eltern- oder Pflegezeit entsteht. Die Lehrereinstellung ist in diesem Jahr angesichts der Corona-Pandemie ein besonders anspruchsvolles Unterfangen.

Rund 5.900 Lehrerstellen – und damit **100 mehr als im vergangenen Jahr** – sind zum Schuljahr 2020/21 zu besetzen. Davon entfallen rund 3.900 Stellen auf den reinen Ersatzbedarf, der unter anderem durch Lehrkräfte entsteht, die in Pension gehen oder Elternzeit nehmen. Hinzu kommen 1.400 Stellen, die erneut zur Besetzung anstehen, da sie in den Vorjahren nicht dauerhaft besetzt werden konnten. Das Kultusministerium hat zum neuen Schuljahr außerdem über 600 neue, zusätzliche Stellen geschaffen, um beispielsweise die Inklusion weiter voranzubringen, die Poolstunden an den Realschulen weiter zu erhöhen sowie für den Ausbau des Fachs Ethik. Auch die feste Krankheitsreserve wurde um

mehr als 100 zusätzliche Stellen ausgebaut. Die nächste Ausbaustufe der festen Krankheitsreserve um weitere 120 Stellen folgt im kommenden Jahr.

Corona-Pandemie erschwert Lehrereinstellung

Die Lehrereinstellung ist in diesem Jahr angesichts der **Corona-Pandemie** ein besonders anspruchsvolles Unterfangen: Bewerbungsgespräche konnten nicht wie geplant stattfinden und Fristen mussten verschoben werden. „Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass wir bereits bis Ende Juli rund 4.000 Stellen besetzen konnten. Mittlerweile haben wir etwa 5.300 Stellen besetzt. Trotz der erschwerten Bedingungen haben wir also eine fast reguläre Lehrereinstellung. Wir haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen und Lehrkräfte einzustellen. Und wir arbeiten weiterhin mit voller Kraft daran, die noch offenen Stellen zu besetzen“, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann. Das reguläre Einstellungsverfahren läuft noch bis Ende September, sodass noch weitere Besetzungen erfolgen werden. Doch auch danach werden Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.

„Dass trotz gestiegenem Einstellungsvolumen das Defizit bei der Lehrkräfteversorgung leicht gesunken ist, dazu trägt auch unser Maßnahmenpaket bei“, so Eisenmann. Dieses sieht zum Beispiel vor, dass Pensionäre eingesetzt werden, dass sich Gymnasiallehrkräfte ebenfalls auf Stellen der Lehrämter Grundschule sowie Werkreal-, Haupt- und Realschule bewerben können, dass Lehrkräfte ihr Deputat erhöhen und so mehr unterrichten und auch, dass Lehrerinnen und Lehrer vorzeitig aus der Beurlaubung zurückkehren oder später in den Ruhestand gehen. Um dem Lehrkräftemangel langfristig entgegenzuwirken, wurde bereits die Zahl der Studienplätze im Lehramt Grundschule und für das Lehramt Sonderpädagogik erhöht. Dies wird sich jedoch bedingt durch die Studiendauer erst in einigen Jahren auswirken.

Einstellungssituation ist regional unterschiedlich

Pandemiebedingt stehen landesweit rund sechs Prozent der Lehrkräfte aufgrund eines ärztlichen Attests nicht für den Präsenzunterricht zur Verfügung. Zudem fehlen in der Präsenz an der Schule schwangere Lehrerinnen, sofern sie sich nicht auf eigenen Wunsch für den Einsatz im Präsenzunterricht gemeldet haben. Da gerade mit Blick auf fachpraktische Unterrichtsfächer, auf Eingangs- und Prüfungsklassen sowie in den Grundschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) auch bei einer Konzentration auf das Kerncurriculum nicht alle Inhalte durch Fernlernangebote kompensiert werden können, besteht seit Juni die Möglichkeit, zusätzlich Vertretungsverträge zur Sicherung des Präsenzunterrichts abzuschließen. Dafür hat das Kultusministerium die vorhandenen Vertretungsmittel von 63,4 Millionen Euro für das Schuljahr 2020/21 kürzlich bereits um sechs Millionen Euro ausgeweitet und stellt den Regierungspräsidien nun ab sofort weitere 16,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die nicht im Präsenzunterricht zur Verfügung stehenden Lehrkräfte unterstützen weiterhin durch ergänzende Fernlernangebote sowie durch Übernahme weiterer, auch organisatorischer Aufgaben die Kolleginnen und Kollegen an der Schule vor Ort.

Die Einstellungssituation stellt sich wie in den vergangenen Jahren regional unterschiedlich dar. So gibt es Regionen, in denen die Bewerbungen die Zahl der freien Stellen weit übersteigen, und andere, in denen die Staatlichen Schulämter und Regierungspräsidien für jeden Bewerber dankbar sind. Unter dem

Strich gibt es selbst momentan noch mehr als 2.000 Bewerberinnen und Bewerber, die bisher kein Angebot für eine dauerhafte Einstellung angenommen haben. Davon wird ein Großteil als Krankheitsvertretung an den Schulen eingesetzt – aktuell wurden bereits mehr als 800 Vertretungsverträge geschlossen. „Wie im vergangenen Jahr haben wir nichts unversucht gelassen, um diese Bewerberinnen und Bewerber von den Vorzügen einer festen Stelle zu überzeugen. Alle rund 1.400 gymnasialen Bewerber haben wir nun erneut über noch bestehende Einstellungschancen in allen Schularten informiert und auf aktuelle Stellenausschreibungen in verschiedenen Lehrämtern hingewiesen. Auch regional haben wir auf die angespannte Lage in bestimmten Regionen wie etwa Tuttlingen, Donaueschingen oder Böblingen und Ludwigsburg aufmerksam gemacht“, so die Kultusministerin.

Leichte Entspannung an Grundschulen

Man arbeite in den Engpassregionen verstärkt mit der Agentur für Arbeit zusammen und bewerbe dauerhafte wie auch befristete Beschäftigungsmöglichkeiten über deren Stellenbörse, um noch mehr Personen anzusprechen und alle Möglichkeiten zur Einstellung auszuschöpfen. „Wir machen allerdings immer wieder die Erfahrung, dass Bewerber auf einem Stellenangebot in einer bestimmten Stadt oder sogar an einer bestimmten Schule beharren“, konstatiert Eisenmann. Eine möglichst ausgewogene Unterrichtsversorgung aller Schulen im Land erfordert deshalb auch, dass das Land Lehrkräfte aus gut versorgten Regionen gezielt in andere Regionen abordnet oder versetzt, in denen der Bewerbermangel besonders stark ist. Bis dato wurden über die zahlreichen Teilabordnungen zwischen einzelnen Schulen hinaus mehr als 2.300 Personalbewegungen aus dienstlichen Gründen – Versetzungen und Abordnungen – zugunsten schwächer versorgter Standorte und Regionen vorgenommen. Dabei wurde auch schulartübergreifend agiert.

Um das Überangebot an gymnasialen Bewerbern auf der einen Seite und den fehlenden Lehrkräften für die Grundschulen auf der anderen Seite entgegenzuwirken, hat das Kultusministerium eine neue Perspektive für Absolventinnen und Absolventen des ersten Staatsexamens für das Lehramt Gymnasien geschaffen. Diese können sich im Jahr 2021 erstmals auch für den Vorbereitungsdienst an Grundschulen bewerben. Das Angebot gilt auch für Lehrkräfte mit einer ersten Lehramtsprüfung für das Lehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule. Die Grundschulen haben weiterhin mit einem Bewerbermangel zu kämpfen, allerdings zeichnet sich hier, wie schon im Vorjahr, eine leichte Entspannung ab. „Die besonders vom Mangel betroffenen Regionen haben wir weiter gezielt im Fokus. Wir werben für die Attraktivität des ländlichen Raums und suchen verstärkt Ausbildungsschulen in den betroffenen Regionen“, sagt Ministerin Eisenmann und fügt an: „Wir haben insgesamt mehr Einstellungen für die Grundschule als im Vorjahr und auch im Vorbereitungsdienst haben wir mehr Personen als in den Vorjahren.“ Im Vorbereitungsdienst wirke sich nun die erste Erhöhung der Studienplatzkapazitäten im Lehramt Grundschule im Jahr 2016 aus – für den Vorbereitungsdienst 2021 haben sich rund zehn Prozent mehr Bewerber als im Vorjahr angemeldet. Die weiteren Erhöhungen – die Kapazitäten wurden in drei Schritten von unter 1.000 Studienplätzen auf aktuell mehr als 1.650 erhöht – werden sich in den kommenden Jahren positiv bemerkbar machen und sind angesichts der bis 2025 steigenden Schülerzahlen dringend geboten.

Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge

An den Schulen der Sekundarstufe I gibt es aktuell noch rund 150 offene Stellen. Diese Bewerberlücke ist im Zusammenhang mit der Umstellung auf die neuen Studiengänge zu sehen. Hier wirkt sich seit dem vergangenen Jahr aus, dass sich die Studienzeit der Lehrkräfte durch die Einführung des Bachelor-/Master-Studiengangs Lehramt Sekundar-I im Jahr 2015 um ein Jahr verlängert hat, was dazu führt, dass deutlich weniger Neubewerber auf den Arbeitsmarkt kommen als üblich. „Hier sind in der Vergangenheit schlichtweg Planungsfehler gemacht worden. Für die Umstellung der Studiengänge hat man nicht vorgesorgt. Dass es durch die Verlängerung der Studienzeit zu einem vorübergehenden Rückgang an Bewerberinnen und Bewerbern kommt, war vorherzusehen. Auch war aufgrund der individuellen Studienzeit zu erwarten, dass die ersten Master-Jahrgänge nach der Umstellung zunächst einmal schwächer besetzt sind“, erläutert Eisenmann.

Dem Lehrkräftemangel an den Schulen der Sekundarstufe I will das Kultusministerium unter anderem durch das Angebot für Gymnasiallehrkräfte entgegenwirken, nach einer Zusatzqualifizierung dort ihre schulische Laufbahn zu beginnen. Nachdem sich im vergangenen Jahr rund 100 ausgebildete Gymnasiallehrkräfte für diesen Weg entschieden haben, sind es in diesem Jahr noch rund 25 Personen. Demgegenüber stehen die bereits erwähnten rund 1.400 Lehrkräfte mit gymnasialer Lehramtsausbildung, die kein Einstellungsangebot für ihr originäres Lehramt erhalten haben. „Die Einstellungschancen für angehende Lehrerinnen und Lehrer, die auf das gymnasiale Lehramt beispielsweise in den Fächern Deutsch oder Englisch studiert haben, sind nicht gut. Deshalb gibt es unser Angebot, an den Grundschulen und an den Schulen der Sekundarstufe I eingesetzt zu werden“, so Eisenmann. Sie rate dazu, dieses Angebot wahrzunehmen, denn es sei zu erwarten, dass das Überangebot an gymnasialen Lehramtsbewerbern in den kommenden Jahren nicht abnehmen werde. Die Lehrerinnen und Lehrer, die sich für das Angebot entscheiden, können sich später natürlich wieder auf eine Stelle im gymnasialen Lehramt bewerben. Etwa 60 Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer haben sich dafür entschieden, im Rahmen einer berufsbegleitenden Zusatzqualifizierung eine Stelle an einer Grundschule anzunehmen und die Unterrichtsversorgung dort zu stärken.

Mehr Studienplätze für die Sonderpädagogik

Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2016 hat das Kultusministerium die Studienplätze für das Lehramt Sonderpädagogik bereits von 390 auf 520 erhöht. Diese Maßnahme greift allerdings erst in den kommenden Jahren. Zwar ist es gelungen, an diesen Schulen alle Stellen zu besetzen, aber nicht nur mit Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, sondern vorübergehend befristet mit anderen Personen im Rahmen des Maßnahmenpakets. Die umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen der letzten Jahre für Haupt- und Werkrealschullehrkräfte tragen dazu bei, den Bedarf an sonderpädagogisch geschultem Personal in inklusiven Bildungsangeboten und für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zu decken. Dieses Angebot haben rund 150 Lehrkräfte genutzt und sich für den Einsatz im Bereich der Sonderpädagogik qualifiziert, was der Versorgung der Schulen unmittelbar zu Gute kommt.

Um dem Mangel an Lehrkräften in der Sonderpädagogik zu begegnen, haben Kultusministerium und Wissenschaftsministerium einen weiteren Ausbau der Studienplatzkapazitäten für das Lehramt Sonderpädagogik um 175 Plätze vorgesehen. Es ist beabsichtigt, einen zusätzlichen Standort zur Lehramtsausbildung in der Sonderpädagogik in Freiburg einzurichten. „Ein weiterer Standort in Südbaden wäre sehr wichtig. Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich die Lehramtsbewerber

vorzugsweise in der Region ihrer Ausbildungsstätten bewerben“, erklärt Kultusministerin Eisenmann. Ähnliche Erfahrungen gibt es zum Beispiel mit Ausbildungsseminaren im ländlichen Raum. Auch hier plant das Kultusministerium weitere dezentrale Lösungen durch die Einrichtung von Außenstellen der Seminare – nach dem Vorbild des Seminars für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte Stuttgart, Abteilung Sonderpädagogik. Dieses hat in den vergangenen zwölf Jahren erfolgreich drei Außenstellen in Weingarten, Ellwangen und Bad Mergentheim aufgebaut. In Anlehnung daran sollen nun weitere Standorte aufgebaut werden, das Kultusministerium hat das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) bereits mit einer Konzeption beauftragt.

Informatik und Physik an Gymnasien

An den Gymnasien konnten fast alle Stellen besetzt werden, es besteht allerdings weiterhin ein fachbezogener Mangel, zum Beispiel in den Fächern Informatik und Physik. „Dass wir in diesen Fächern nicht alle Stellen besetzen konnten, liegt an der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Nachwuchskräfte in diesem Bereich sind sehr gefragt“, sagt Eisenmann. Das sei jedoch nicht der einzige Grund. Sie fügt hinzu: „Es ist weiterhin so, dass viele junge Lehrkräfte räumlich nicht flexibel sind und Stellen im ländlichen Raum und im Großraum Stuttgart nicht in Betracht ziehen. Dies stellt die Kultusverwaltung in allen Lehrämtern vor große Herausforderungen.“ Für die Gymnasien ist deshalb der Seiteneinstieg in das Lehramt in den Fächern Informatik und Physik weiterhin geöffnet. Wer über ein entsprechendes Studium verfügt, kann, sofern er ein weiteres Fach mitbringt, direkt in den Vorbereitungsdienst einsteigen.

Direkteinstieg bei beruflichen Schulen

An den beruflichen Schulen konnte trotz der Corona-Pandemie das Einstellungsniveau gehalten werden. Etwa 1.100 Stellen gab es im vergangenen Jahr an den beruflichen Schulen zu besetzen, in diesem Jahr waren es etwa 1.200 Stellen. Rund 100 Stellen sind derzeit noch offen, vor allem in der Pflege, in den Ingenieurwissenschaften und in Informatik oder in regional weniger nachgefragten Bereichen.

Einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der beruflichen Schulen leistet der sogenannte Direkteinstieg in den Schuldienst. Dabei können Personen mit einem wissenschaftlichen oder technischen Hintergrund sowie mit entsprechender Berufserfahrung direkt in den Schuldienst einsteigen. Sie erhalten dann eine begleitende Qualifizierung. Ein Direkteinstieg ist zum Beispiel in den Fachrichtungen Pflege, Maschinenbau aber auch Grafik, Gestaltung und Design möglich. Für diese Möglichkeit wirbt das Kultusministerium zusätzlich über Jobbörsen im Internet. In diesem Jahr ist der Direkteinstieg besonders gefragt. Nachdem im vergangenen Jahr bereits eine stärkere Nachfrage festzustellen war und etwa 200 Lehrkräfte über den Direkteinstieg gewonnen werden konnten, hat sich die Zahl in diesem Jahr nochmals deutlich erhöht. Rund 250 Lehrkräfte konnten bisher gewonnen werden. „Sicherlich spielt hier die aktuelle wirtschaftliche Lage eine Rolle. Davon profitieren wir, da wir im Schuldienst sichere Arbeitsplätze bieten. Der Direkteinstieg ist für die beruflichen Schulen fachlich ein Mehrwert, da Personen mit Praxiserfahrung aus verschiedenen Berufsfeldern an die Schulen kommen und den Schülerinnen und Schülern direkt vermitteln können, worauf es später im Beruf ankommt, für den sie ausgebildet werden“, sagt Eisenmann.

Neue Perspektiven für langjährig befristet angestellte Lehrkräfte

Im vergangenen Schuljahr hat das Kultusministerium ein Programm zur Entfristung von Personen ohne eine anerkannte Lehramtsausbildung gestartet, wenn sie bereits mehrere Jahre erfolgreich in befristeten Verträgen gearbeitet haben. Die [Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren \(SBBZ\)](#) und die dort befristet Beschäftigten stehen im Zentrum dieses Angebots, mit dem das Engagement dieses Personenkreises anerkannt werden soll. Übernahmen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sind auch in anderen Schularten, insbesondere in den Fächern Sport, Musik und Bildende Kunst, möglich. Mehr als 80 Lehrkräfte hat das Kultusministerium über diese Regelung im vergangenen Schuljahr dauerhaft übernommen. Das Angebot wird das Kultusministerium im kommenden Schuljahr fortsetzen und weitere Personen dauerhaft in den Schuldienst einstellen.

4.800 Personen im landesweiten Vertretungspool

Um Schulen die Möglichkeit zu geben, kurzfristig auf den Ausfall von Lehrkräften zu reagieren, hatte das Kultusministerium den Schulen bereits im vergangenen Schuljahr ermöglicht, Vertretungslehrkräfte schneller anzufordern. Wenn klar ist, dass eine Lehrkraft längerfristig ausfallen wird, kann eine Vertretung auch schon im Voraus angefordert werden. Damit ist es möglich, eine Vertretung für den gesamten Zeitraum der Abwesenheit zu beschäftigen. „Diese Regelung hat den Schulen im vergangenen Jahr geholfen, die Unterrichtsversorgung zu stabilisieren. Deswegen führen wir diese fort“, erklärt die Kultusministerin. Auch in diesem Jahr wird die Schulverwaltung in großer Zahl auf befristete Verträge zurückgreifen müssen. Etwa 4.800 Personen haben sich im landesweiten Vertretungspool eingetragen und können angefragt werden, wenn Vertretungsbedarf an einer Schule besteht.

Scheitelpunkt bei Pensionierungen ist überwunden

In den kommenden Jahren wird der Ersatzbedarf aufgrund von Pensionierungen voraussichtlich weiter zurückgehen. Nachdem im Jahr 2018 noch 4.100 Stellen aufgrund von Pensionierungen ersetzt werden mussten, waren bei der Einstellung 2019 4.000 Stellen deswegen zu besetzen. In diesem Jahr sind es nun nur noch etwa 3.900 Stellen. „Hier haben wir den Scheitelpunkt überwunden“, so Eisenmann. Durch die vielen Einstellungen in den vergangenen Jahren steigt hingegen der aufgrund von Elternzeit oder Mutterschutz entstehende Bedarf an Ersatzlehrkräften deutlich an. Eine Herausforderung ist außerdem, dass die Schülerzahlen zunächst an den Grundschulen bis 2025 steigen werden und in den darauffolgenden Jahren mehr Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen zu erwarten sind. „Hier sind wir für die Zukunft aber besser aufgestellt, denn dann wird die Erhöhung der Studienkapazitäten greifen“, sagt Eisenmann.

[Pressemitteilung vom 10. September 2020: So viel Präsenzunterricht im neuen Schuljahr wie möglich](#)

[Kultusministerium: Schule](#)

[Aktuelle Informationen zum Coronavirus in Baden-Württemberg](#)

Lehrereinstellungen 2019 und 2020 im Vergleich

Bereich:	Stellen 2019:	Besetzte Stellen (zum 3. September 2019):	Stellen 2020:	Besetzte Stellen (zum 7. September 2020)	Offene Stellen:
Grundschulen	1.530	1.140	1.540	1.250	290
Haupt- und Werkrealschulen*	350	330	355	320	35
Realschulen*	1.230	1.030	930	890	40
Sonderpädagogik	320	320	400	400	-
Fachlehrer für musisch- technische Fächer	170	80	205	70	135
Fachlehrer/Technische Lehrer an SSBZ	150	150	160	135	25
Gymnasien*	1.000	980	1.170	1.155	15
Berufliche Schulen**	1.070	1.000	1.160	1.055	105
Insgesamt	5.820	5.030	5.920	5.275	645

* inklusive Einstellungen an Gemeinschaftsschulen

** inklusive 100 Stellen Steuerungsreserve, um auf Schwankungen aufgrund der Lage auf dem Ausbildungsmarkt reagieren zu können

Das Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel

	Stand: 4. September 2019	Stand: 4. September 2019	Stand: 7. September 2020	Stand: 7. September 2020
Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen	100 Personen	86 Deputate	57 Personen	51 Deputate
Gymnasiallehrkräfte an Sekundar-I-Schulen	100 Personen	94 Deputate	23 Personen	21 Deputate
Pensionäre in befristeten Verträgen	400 Personen	130 Deputate	280 Personen	95 Deputate
„Ein-Fach-Lehrkräfte“ in befristeten Verträgen	100 Personen	55 Deputate	110 Personen	60 Deputate

Sonstige geeignete Personen ohne Zugang zur Laufbahn eines Lehramtes in befristeten Verträgen	1.080 Personen	650 Deputate	1.110 Personen	685 Deputate
Entfristung von Arbeitsverträgen	-	-	81 Personen	57 Deputate
Vorzeitig aus Beurlaubung zurückkehrende Lehrkräfte	90 Personen	35 Deputate	60 Personen	26 Deputate
Anträge auf Teilzeiterhöhung	1.700 Personen	200 Deputate	2.260 Personen	300 Deputate
Abordnungen und Versetzungen aus dienstlichen Gründen	2.000 Personen	1.010 Deputate	2.330 Personen	1.320 Deputate
Direkteinstieg berufliche Schulen	200 Personen	200 Deputate	250 Personen	250 Deputate
Summe:		2.460 Deputate		2.865 Deputate